

*Verantwortlich an die
Mitglieder.*

Bund für deutsche Friedensarbeit
im Grenzlande e.V.

Grenzfriedensbrief
Nr. 2

Wir haben den 1. Brief wieder an die Stellen und die Persönlichkeiten geschickt, von denen wir vornehmlich Interesse für unsere Grenzlandarbeit erwarten durften. Der Widerhall ist nicht sonderlich laut gewesen. Immerhin haben wir verschiedene ermunternde Zuschriften bekommen, auch neue Mitglieder gewonnen. Einer aber, der lange Jahre in Nordschleswig tätig gewesen ist und mit Bitterkeit an die Zeit im Internierungslager und an die im Gefängnis denkt, schreibt: "Ich bin mit Ihnen grunduncinig. Trotzdem wünsche ich Ihrer Arbeit guten Fortgang." Wir sind überzeugt, daß weitaus die große Mehrzahl im Grenzgebiet und im Binnenlande die Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Bestrebungen ~~seinsicht~~ sieht, aber aus verschiedenen Gründen glaubt, sich zurückhalten zu müssen. Das hängt ohne Zweifel mit der großen Enttäuschung zusammen, die weite Kreise unseres Volkes in den letzten Jahren erlebt haben und die sie vor öffentlicher Verantwortung scheu machte. Es wird lange dauern, ehe die deutsche Volksseele ihr Gleichgewicht wiedergefunden hat.

Deutlich hebt sich gegenüber dieser Zurückhaltung die Stellung der dänischen Gegenseite heraus. Flensburg Avis, der als Sprachrohr eines großen Teils des süd- und nordschleswigschen Dänentums gelten darf, geht in einem Leitartikel vom 15.2.1951 ausführlich auf unsern Bund ein und bezeichnet ihn als das 4. Glied in der Reihe derer, die das Vordringen des Nordens bekämpfen. Er nimmt uns besonders übel, daß wir das Positive in der Arbeit der anderen Grenzverbände nicht verschweigen und die Lücke ausfüllen wollen, die sie offen gelassen haben.

In einer Aussprache mit dem Vertreter der Volkszeitung habe ich dazu Stellung genommen und dadurch einen 2. Artikel des Flensburg Avis veranlaßt. " Schnarrrende Friedenstöne" ist er überschrieben und sieht den Mißklang unserer Arbeit vor allen Dingen in unserer Stellungnahme zur Volksabstimmung, die wir als Grundlage neuer Grenzziehungen ablehnen. Ich weiß, daß meine unter Zustimmung des Vorstandes veröffentlichte These zu dieser Frage für viele noch neu ist und auch bei uns vielleicht nicht von allen gebilligt wird. Ich wiederhole aber, daß nirgends die Unsinnigkeit solcher Grenzziehung deutlicher erwiesen ist als hier in unserem Herzogtum Schleswig. Wenn im Jahre 1932 für Danemark 1544 Stimmen abgegeben wurden und im Jahre 1947 fast 100 000, so zeigen diese Zahlen, daß Claus Eskildsen recht hat, wenn er schreibt: " Von allen Merkmalen eines Volkes ist die Gesinnung dasjenige, das sich am schnellsten wandelt." Er warnt darum seine Freunde davon, sich in Sicherheit zu wiegen und zu glauben, daß die Grenze von 1920 unerschütterlich sei. Wir meinen, wenn das Prinzip des Volkstumsbekenntnisses eine so unsichere Grundlage schafft, darf es für die Ziehung der Grenzen nicht entscheidend sein. Wir lehnen darum eine rote Abstimmung über die Grenze ab. Ebenso entschieden aber anerkennen und fordern wir von dieser Plattform aus das Recht ungehemmter Volkstumpflege auf beiden Seiten der Grenze.

Flensburg Avis fragt weiter, ob wir von diesem Gesichtspunkt aus etwa wieder eine Rückverlegung der Grenze an die Königsau wollen. Wir haben ihn beruhigt. Trotz der Tatsache, daß bei Festlegung der Bestimmungen über die Durchführung und Auswertung der Abstimmung 1920 Deutschland nicht gefragt und seine Vorschläge nicht berücksichtigt wurden, haben wir das Ergebnis re pariert. Deutschland hatte es 1940 und 1943 in der Hand, die Grenzverlegung von 1920 rückgängig zu machen. Es hat das nicht getan und damit in der Tat jene Grenze anerkannt, und das tun wir auch. Wir tun es nicht, um damit zu bekunden, daß bei der Abstimmung 1920 alles in Ordnung war, sondern tun es, um den kommenden Leiden wegen.

das nicht mit Grenzhypotheken belastet worden darf, die es in absehbarer Zeit nicht abtun kann. Aber, um zu wiederholen und im Bilde zu bleiben, sind die Minderheitenkonten, das will sagen, die kulturellen Bestrebungsrichtungen der Minderheiten müssen aus- und abgeglichen sein, wenn die Europarechnung aufgehen soll.

Um die Kieler Erklärung.

Schleswig-Holstein hat in der sogenannten Kieler Erklärung der dänischen Minderheit freie Volkstumpfpflege zugesichert. Diese Erklärung setzt voraus,

- 1) daß der deutschen Minderheit im Nordschleswig entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden,
- 2) daß beide Staaten die Grenze von 1920 anerkennen
- 3) daß die so gewährte Freiheit nicht dahin mißbraucht wird, eine bestehende Irredenta zu unterstützen oder eine neue zu schaffen.

Die dänischen Kreise südlich und nördlich der Grenze sind von der Kieler Erklärung restlos befriedigt, scheinen aber in Furcht zu leben, daß sie eines Tages widerrufen oder eingesengt werden könnten. Sie haben daher versucht, zunächst über die Besatzungsmächte sie im neuen Besatzungsstatut zu verankern und, da das nicht gelungen ist, durch Verhandlungen in Bonn eine Sicherung durch Bundesgesetz zu erreichen. Nach dänischen und deutschen Pressemeldungen laß man zu dem Schluß kommen, daß diese Versuche bisher keinen Erfolg gehabt haben.

Inzwischen verlautet aus Bonn, daß nach einem Besuch des dänischen Außenministers Ole Björn Kraft beim Bundeskanzler ein Minderheitenabkommen zwischen Deutschland und Dänemark in Vorschlag gebracht worden ist. In der dänischen Presse wird solches Abkommen auf der ganzen Linie abgelehnt. Nur "Sore"Antstidende bekennt sich dazu. In Dänemark lebt seit dem Londoner Protokoll von 1852 die Angst vor internationalen Bindungen in der Schleswigfrage. Das dänische Volk hatte nicht die Absicht, das damals von seiner Regierung unterschriebene Abkommen über die autonome Stellung Schleswigs innerhalb des dänischen Staates zu halten, verfiel sich bei seinen Bestrebungen zur Änderung der schleswigschen Verfassung immer aufs neue in den Schlingen dieses Protokolls und löste

so den unglücklichen Krieg von 1864 aus. Es glaubt, daß feste Verträge Entwicklungen, die im Gang sind, hemmen und Maßnahmen, die ihm eines Tages erwünscht sein möchten, unterbinden könnten. Man weist darauf hin, daß die demokratische Gesinnung in Dänemark sich nach 1920 der deutschen Minderheit gegenüber so weitherzig erwiesen hat, daß eine weitere Sicherung von dänischer Seite aus überflüssig ist. Wir geben zu, daß trotz mancher Unzulänglichkeiten, über die Klage geführt worden ist, unsere deutsche Minderheit bis 1945 weithin sich ungestört entwickeln konnte. Dennoch vergessen wir nicht, daß Dänemark im Zorn und Siegestaumel 1945 die Gelegenheit bis zur letzten Möglichkeit ausnutzte, die kulturellen Anlagen, die wir im Laufe von zwei Jahrzehnten unter Mühen und Opfern aufgebaut hatten, bis auf den Grund zu zerschlagen. Man sieht es als Entgegenkommen an, daß wir jetzt die enteigneten Schulen hier und da zurückkaufen dürfen. Großzügiger wäre es, wenn Dänemark in Erkenntnis jener Fehlhandlung, möge sie einen Rechtsgrund haben oder nicht, die Schulen überall da zurückgeben würde, wo die Minderheit sie benötigt. Großzügiger wäre es auch, wenn es aus den Gefangnissen alle die deutschen Volksgenossen entlassen würde, die keine kriminellen Taten begangen haben, sondern nur deshalb in Strafe genommen wurden, weil sie mit Billigung der dänischen Regierung meinten, ihrem Volk in der Not die Treue halten zu müssen.

Aber das sind Dinge, die unsere Minderheit oben mit ihrem Herbergsstaat selber abmachen muß. Wir meinen aber, daß auch in Dänemark noch manches zu ändern ist, ehe man von einer wahrhaft humanen Minderheitenfürsorge sprechen kann, die eine vertragliche Sicherung überflüssig macht.

Wir wollen, daß beide Staaten wieder zu den öffentlichen Kommunal Schulen für die Minderheit zurückkehren, wie sie in Dänemark bis 1945 und hier bis 1948 bestanden. Wir wollen, daß dort, wo solche Schulen nicht möglich sind und Privatschulen eingerichtet werden müssen, diese von Staat und Gemeinde so gestellt werden, daß sie auf eignen Füßen stehen können und nicht auf Mildtätigkeit und Aufpeitschung nationaler Leidenschaften angewiesen sind.

Wenn solche Ordnung auch morgen noch nicht verwirklicht werden wird, halten wir sie doch als Fernziel unverrückbar im Auge, trotzdem wir heute allen Einsatz benötigen,

um uns der mit unverminderter Heftigkeit weitergehenden dänischen Kulturoffensive zu erwehren. Wir rufen die Treue.

Stimmen von der anderen Seite.

Wir wollen aber nicht verschweigen, daß es auch in Dänemark nicht wenige gibt, die unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen. Es ist selbstverständlich, daß deren Ansichten in mancher Hinsicht von den unseren abweichen. Alle aber scheinen sich der europäischen Bedeutung der südschleswigschen Frage bewußt zu sein. Es dürfte nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß ein "Freiwilliger dänischer Arbeitsdienst" besteht, der mit der deutschen Jugend zusammen an der Schaffung gemeineuropäischer Gesinnung arbeitet und eine Verständigung zwischen Dänen und Deutschen erstrebt. Er hat an Arbeits- und Begegnungslagern teilgenommen, in Bremen und Wolfsburg und beabsichtigt, im kommenden Sommer die Versuche auszubauen. Es ist nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß es gerade die Kreise der Widerstandsbewegung sind, die sich diesen Aufgaben widmen.

Bei dieser Gelegenheit will ich auch darauf hinweisen, daß die dänisch-sozialdemokratische Zeitung "Sonderjyden" in Sonderburg nach dem "Nordschleswiger" im Laufe einer Auseinandersetzung der beiden Schriftleiter folgendes schrieb: "Die Zeit, der wir entgegengehen, wird das Nationale abwerten, auch die Werte deutsch und dänisch Je schneller wir das erkennen, desto besser."

Vor einiger Zeit las ich in "Flensburg Avis", daß die dänische Tageszeitung "Børsen" in Anlaß des Neubaus der Rheinbrücke bei Kehl geschrieben hatte: "Es werden Brücken gebaut zwischen den europäischen Ländern, sogar zwischen Deutschland und Frankreich, und man einigt sich, Hand in Hand zu arbeiten. Noch fehlt's manchenorts an Brücken- solchen un- anderen-. Vielleicht werden die Ereignisse des Jahres 1951 dazu beitragen, daß Brücken geschlagen werden über Klüfte, die wir heut noch für selbstverständlich halten, die wir uns aber nicht mehr erlauben können."

Wir könnten noch mehr solcher Stimmen anführen. Wir sparen,

daß auch in Dänemark Dinge sich entwickeln, an denen wir nicht vorbeisehen dürfen, wenn es uns ernst ist mit dem neuen Europa.

Im August veranstalten die dänischen Schleswiger an der Universität Kopenhagen eine Schulungswoche über Grenzlandfragen. Sie findet statt in einer Volkshochschule Nordseelands. Ich bin gebeten worden, dort über unsere Ziele und Aufgaben zu sprechen.

Unsere Arbeit

haben wir im Laufe des letzten Vierteljahres in bis eriger Weise fortgesetzt. Im Grenzausschuß sind wir seit Januar durch Ministerpräsident a.D. Diekmann vertreten. Das Zusammengehen mit den anderen Verbänden spielt sich ein. Wir hoffen, daß sich zwangsläufig eine noch schärfere Zusammenfassung der gesamten Grenzarbeit in naher Zukunft herausstellt.

In zahlreichen Zusammenkünften in Schleswig-Holstein hatten wir Gelegenheit, unsere Grenzlandschau vorzutragen.

Auf einer Wochenendtagung des Vorstandes und der Beiräte in Leck wurden in fruchtbringender Weise grundsätzliche Dinge geklärt.

Es ist beabsichtigt, im Laufe des Sommers in verschiedenen Orten Südschleswigs zur Klärung der Meinungen verschiedene Vortragsabende zu veranstalten. Es haben sich dafür zur Verfügung gestellt Herr Dr. Johannsen, Flensburg, Dr. Fuglsang, Flensburg und Professor Scheel, Schleswig. Auch hoffen wir, daß Professor Bach-Aarhus und noch andere auf diesen Veranstaltungen sprechen werden. Weiter planen wir für verschiedene Gruppen Fahrten nach Nordschleswig bzw. Altdänemark.

So hoffen wir auf weiteren Fortgang der Arbeit.

Unsere Hauptversammlung wird voraussichtlich am 16. Juni stattfinden. Die Mitglieder erhalten dafür noch besondere Einladung.

Husum, im April 1951.

Freundlichen Gruß

Detlef Hansen.